

„Europa lebt Solidarität“

Wege für den Jugendaustausch aus der Krise

Forderungen anlässlich des Europa-Tages

Florian Siekmann, MdL

Beate Walter-Rosenheimer, MdB

Henrike Hahn, MdEP

Motto des Europa-Tages „Europa lebt Solidarität“ auch umsetzen

Der europäische Schüler- und Jugendaustausch ist eine große Bereicherung für Bayern, Deutschland und Europa: Er trägt dazu bei, dass sich unsere junge Generation in internationaler Verständigung übt, Toleranz und Offenheit erlernt und europäische Nachbarn zu Freund*innen werden. Es ist ein einfaches, aber besonders wirkungsvolles Rezept für sozialen Zusammenhalt.

In der Corona-Krise wurde durch mangelnde Solidarität viel Vertrauen in Europa verspielt. Der **Jugendaustausch kann helfen, Vertrauen und gegenseitiges Verständnis wiederaufzubauen**, aber nur wenn er die Krise übersteht und danach wirklich alle jungen Menschen die Chance auf eine Austauschfahrt haben. „Europa lebt Solidarität“ ist das Motto des diesjährigen Europa-Tages, ausgerufen von Europäischer Kommission und Parlament. Es ist an allen: den Regionen, Mitgliedsstaaten und der EU jetzt in dieser Krise zu zeigen, dass sie das ernst meinen! Bayerische Grüne aus Land, Bund und Europa zeigen Wege auf, um den Jugendaustausch aus der Krise zu führen.

Vielfältige Austauschlandschaft in Deutschland in Gefahr

Die Landschaft des europäischen Austauschs wird von unseren gemeinnützigen Austauschorganisationen entscheidend mitgestaltet. Sie sind in der aktuellen Krise in ihrer Existenz immens bedroht: als Vereine oder gemeinnützige GmbHs sind sie nicht in der Lage, Rücklagen zu bilden und erfüllen als nicht an Gewinn orientierte Organisationen die Voraussetzungen für Kredite meist nicht. Für diese Organisationen – oft anerkannte, freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe – greifen die Hilfen der Bundes- und Staatsregierung bislang kaum. **Hier braucht es eine Strukturförderung von 25. Mio. Euro, damit unsere Organisationen vor Ort die Krise überstehen.** Wir fordern die Bundes- und Landesregierungen auf, sofort zu handeln!

Europäisches Organisationensterben hat schon begonnen

Eine Beschränkung der Hilfe auf die Organisationen in Deutschland reicht nicht. Denn auch wenn wir hier unsere Jugendaustauschorganisationen retten – mit wem soll Austausch stattfinden, welche Jugendlichen haben dann noch die Möglichkeit, Zeit bei uns in Deutschland zu verbringen, wenn das **europäische Organisationensterben** so

weitergeht? Bei unserem Ziel europäischen Austausch möglichst niedrigschwellig und mit gleichen Chancen für alle anzubieten wären wir viele Schritte zurückgeworfen.

Viele Länder in Europa – Italien oder Spanien beispielsweise – hat die Corona-Krise noch sehr viel härter getroffen als uns hier in Deutschland. Diesen Ländern fehlen die Mittel, um die eigenen Organisationen mit Soforthilfen durch die Krise zu bringen oder ihre Mitarbeiter*innen mit einer längeren Phase der Kurzarbeit zu halten. Hier braucht es ein starkes Engagement der Europäischen Union! Wir fordern, dass ein **EU-Rettungsschirm für zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa** gespannt wird, der eben auch die vielen Austauschorganisationen umfasst. Dieser EU-Fonds soll über den EU-Haushalt gemeinschaftlich finanziert werden. Auch durch die Krise nicht verausgabte ERASMUS+ Mittel können für die Finanzierung genutzt werden.

Bisher hat die Bundesregierung in der Krise die gebotene europäische Solidarität vermissen lassen. Mit der Unterstützung für einen EU-Rettungsschirm könnte sie ein klares Signal an die europäischen Partner*innen senden.

Neustart für den europäischen Austausch

Nach der Krise brauchen wir einen Neustart des Jugendaustauschs in all seinen Facetten: Schüler*innenaustausch, Austausch von Jugendgruppen, Freiwilligendienste sowie Auslandsaufenthalte in Ausbildung und Studium. Voraussetzung dafür ist eine tragfähige Finanzierung, die nicht nur auf Teilnahmebeiträge setzt, sondern gezielt Strukturen fördert, damit die Teilnahme nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt und Austauschorganisationen bei einem Einbruch der Teilnehmezahlen nicht sofort am Abgrund stehen.

Die EU ist gefordert ihr **ERASMUS+ Programm auf das Dreifache des bisherigen Budgets auszuweiten**, um deutlich mehr Jugendlichen die Chance auf einen Austausch zu eröffnen. Der Bund muss die Förderung über den Kinder- und Jugendplan ausbauen, damit Jugendgruppen und Vereine gute Voraussetzungen für Austauschmaßnahmen vorfinden. Und auch für den **Bayerischen Jugendring** braucht es von Seiten des Freistaats ausreichende und vor allem **langfristig gesicherte Finanzierung**.

Austausch nach der Krise nicht nur für die Elite

In Bayern findet derzeit 80% des Schüleraustauschs am Gymnasium statt und während das Auslandssemester aus vielen Studiengängen kaum mehr wegzudenken ist, ist ein Auslandsaufenthalt während der Ausbildung schon fast exotisch. Eine Austauscherafahrung darf aber nicht nur einer zahlungskräftigen Bildungselite vorbehalten sein, sondern muss allen jungen Menschen zugänglich gemacht werden. An den Jugendlichen selbst scheitert es nicht, zwei Drittel sind von sich aus motiviert an einem Austausch teilzunehmen.

Der Freistaat ist gefordert besonders an Mittel- und Realschulen sowie Berufsschulen bessere Voraussetzungen für Austausch zu schaffen. Dazu zählt sowohl ein Sonderprogramm von mindestens 2 Mio. Euro zur finanziellen Förderung von Austauschprojekten als auch eine stärkere Verankerung von Austausch in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Mit einem festen Stundenkontingent für internationale Koordination können Lehrkräfte Schulpartnerschaften pflegen und Förderanträge stellen. Austausch ist damit nicht wie bisher häufig Privatsache, sondern fester Bestandteil von Schulbildung.